

Der Weg des kurhessischen Corps bis zur Kapitulation in Mainz 1866 im Spiegel der Zeitungsberichte ¹

Ludolf Pelizaeus

Die innenpolitische Situation bis zum Kriegsausbruch

Um den Weg in den Untergang Kurhessens 1866 zu verstehen, ist es nötig, einige Punkte der geschichtlichen Entwicklung nachzuzeichnen. Kurfürst Wilhelm I. wurde 1821 durch seinen Sohn abgelöst. Charakterlich unterschieden sich Vater und Sohn nicht viel, die deswegen auch immer wieder aneinander geraten waren; auch Wilhelm II. war von seiner absoluten Stellung im Lande überzeugt, auch Wilhelm II. führte eine unglückliche Ehe und hatte deswegen mehrere außereheliche Beziehungen. Das entscheidende aber war, daß auch er immer wieder Schwierigkeiten hatte, sich dem Votum seiner Berater anzuschließen, was sich in den Verfassungskonflikten sehr negativ auswirken sollte.²

1830 kam es als Auswirkung der Julirevolution in Frankreich besonders in Kassel und Hanau zu Unruhen, in deren Folge am 15. September diesen Jahres die Verfassung erlassen wurde.³ Mit ihrer Ausrufung war der Konflikt jedoch nicht aus der Welt ge-

-
- 1 Zur Quellensituation: Es waren drei Städte hauptsächlich von den Kriegsbewegungen betroffen: Fulda, Hanau und Mainz. Kassel und Marburg waren unmittelbar besetzt worden und schieden daher für die Presseberichte aus. In Mainz erschien das „Mainzer Journal“ (1848-1868), „Mayntzische Priviligirte Zeitung“ (1832-1885), in Fulda das „Wochenblatt für die Provinz Fulda“ (1765-1867) und in Hanau das „Wochenblatt“ (1822-1869). Vgl. zu den existenten Zeitungen 1866: Gert HAGELWEIDE: Deutsche Zeitungsbestände in Bibliotheken und Archiven, Düsseldorf, 1974, S. 173 f, 229 f. Dabei beschäftigt sich das Wochenblatt für die Provinz Fulda überhaupt nicht mit dem politischen Geschehen, sondern listet nur Proklamationen, Ernennungen, Holzverkäufe, Medizinalanordnungen u. ä. auf. Die Verbreitung der „Neuen Frankfurter Zeitung“ wurde wegen der „Schmähungen gegen die Königlich Preußische Regierung“ verboten. Wochenblatt Fulda 55, 11.7.1866, S. 671.
 - 2 Zum Verfassungskonflikt von 1814: Wir Wilhelm von Gottes Gnaden. Die Lebenserinnerungen Kurfürst Wilhelms I. von Hessen 1743-1821. Aus dem Französischen übersetzt und hg. v. Rainer VON HESSEN, Frankfurt a. M., New York 1996, S. 414 f, 417 f; Philipp LOSCH: Geschichte des Kurfürstentums Hessen 1803-1866, Marburg 1922, S. 91-106, 157 f. Vgl. auch das aufgeführte Beispiel bei Christine GOEBEL: Die Bundes- und Deutschlandpolitik Kurhessen in den Jahren 1859-1866. Eine Analyse zur Untergangphase des Deutschen Bundes, Marburg 1995, S. 386 f.
 - 3 Vgl. Schaubild der Verfassung (Abb. 1). Verfassungen in Hessen 1807-1947, hg. v. Eckhart G. FRANZ und Karl MURK (Arbeiten des Hessischen Historischen Kommission NF 13), Darmstadt 1998, S. 27-37, 101-131. Ewald GROTHE: Verfassungsgebung und Verfassungskonflikt: das Kurfürstentum Hessen in der ersten Ära Hassenpflug 1830-1837. Berlin 1996. (Schriften zur Verfassungsgeschichte, Bd. 48), S. 64-115. Zur Einordnung: Hellmut SEIER: Der unbewältigte Konflikt. Kurhessen und sein Ende 1803-1866, in: Die Geschichte Hessens, hg. v. Uwe SCHULTZ, Stuttgart 1983, S. 165; DERS: Kurhessen im Deutschen Bund 1815-1866. Entwicklungslinien im Über-

schaffen. Sinnfälligstes Zeichen dafür war die Flucht des Kurfürsten nach Hanau, der aufgrund der Tumulte am Tag der Verfassungsverkündung am 8. Januar 1831 nach Hanau ging und dort bis zu seinem Tod 1847 verblieb, während er die Regierung seinem Sohn übertrug.⁴ Damit schienen zunächst neue Zeiten angebrochen, wenngleich sich schon bald drückend bemerkbar machen sollte, daß auch der Enkel Wilhelms I., wie sein Vater, die Art hatte, rechthaberisch an einmal gefaßten Meinungen unbeirrbar festzuhalten und alle ihm vorgetragenen Alternativen abzuschlagen.⁵ Dabei hatte bereits die bisherige politische Linie Kurhessen schon jetzt den Ruf des Verweigerers eingebracht. Die charakterlichen Eigenheiten Friedrich Wilhelms ließen ihm eine längere verfassungsmäßige Kooperation lästig erscheinen. Als er bereits im Mai 1832 den energischen konservativen Daniel Ludwig Hassenpflug zum leitenden Minister berief, kam es zum sich immer weiter hochsteigernden Konflikt mit den Ständen.⁶

Zwar wurde Hassenpflug entlassen, aber 1850 zurückgerufen, was eine Welle des Protestes hervorrief. Einmal leistete der Landtag durch Steuerverweigerung Widerstand und als einmaliger Vorgang in der Geschichte des hessischen Militärstaates reichten von 257 Offizieren der kurhessischen Division 241 ihre Demission ein. Sie fühlten sich eher an ihren Eid auf die Verfassung denn an den Landesherrn gebunden. Die unabdingbare Zusammenarbeit der Staatsspitze mit dem Militär war bis in die Grundfesten erschüttert. Nur durch bayerische und österreichische Bundestruppen, welche die Exekution in Kurhessen gegen den Protest Preußens ausführten, konnte sich der Kurfürst halten. Fast wäre es bei Bronzell nahe Fulda zur Schlacht gekommen, doch diesmal einigten sich beide deutschen Großmächte noch einmal im Vertrag von Olmütz.⁷

Auf Beschluß des Bundestages wurde die Verfassung von 1831 aufgehoben, Hassenpflug kehrte zurück, 1862 konnte der Bund, wie in einem Marionettenstaat, die

blick, in: ZHG 106, 2001, S. 197-208, hier: S. 203; Karl Hermann WEGNER: Kurhessens Beitrag für das heutige Hessen (Hessen: Einheit aus Vielfalt 5), Wiesbaden 1995 S. 111.

- 4 Zwar wurde Friedrich Wilhelm de jure nur Mitregent, tatsächlich aber bestimmte er ab jetzt alleine die Geschicke des Kurfürstentums, während sein Vater sich mit seinermorganatisch angetrauten Frau, Emilie, Gräfin von Reichenbach, nach Hanau zurückzog, die er nach dem Tod der Kurfürstin 1841 auch offiziell heiraten konnte. Ulrich v. NATHUSIUS: Regierung und Landtag im Dauerkonflikt. Studien zur Verfassungsgeschichte Kurhessens in der Reaktionszeit (1850-1859). Kassel 1996 (Hess. Forsch. z. gesch. Landes- und Volkskunde 28), S. 105-120. WEGNER: Beitrag (wie Anm. 3), S. 111; Privates Leben und höfische Gesellschaft. Heidrun HELWIG: Auguste als preußische Prinzessin und hessische Kurfürstin, in: Kurfürstin Auguste von Hessen (1780-1841) in ihrer Zeit, hg. von Bernhard LAUER, Kassel 1995, S. 44-79, hier: S. 69 ff. Zu Friedrich Wilhelm vgl. die mit pathetischem Unterton verfasste Biographie von Philipp LOSCH: Der letzte deutsche Kurfürst Friedrich Wilhelm I. von Hessen. Marburg 1937 und DERS.: Geschichte des Kurfürstentums Hessen, Marburg 1922, hier S. 171-227.
- 5 Vgl. Charakterisierung bei LOSCH: Kurfürst (wie Anm. 4), S. 168-175, der allerdings eher „ein tragisches Verhängnis“ in seinem Leben sah, was sicher auch geprägt von der retrospektiven Sicht der Entstehungszeit des Buches her zu verstehen ist.
- 6 GROTHE: Verfassungsgebung (wie Anm. 3), S. 197-204.
- 7 Vgl. die Sammlung von zeitgenössischen Aufsätzen: StadtA Fulda, Kriegssachen XIX B 29. Hier auch Liste der 25 an Krankheit oder Verwundung gestorbenen Soldaten. Völlig unblutig, wie immer wieder zu lesen, ist Bronzell also nicht ausgegangen. Hellmut SEIER: Modernisierung und Integration in Kurhessen 1803-1866, in: Das Werden Hessens, hg. v. Walter HEINEMEYER (VHKH 50), Marburg 1986. S. 458 ff; WEGNER: Beitrag (wie Anm. 3), S. 118 f.

Wiedereinführung der Verfassung erzwingen, 1864 erwog die Opposition sogar die Abdankungserzwingung des Kurfürsten. Es wird also deutlich, daß bei Ausbruch des Konflikts zwischen dem Deutschen Bund und Preußen das Ansehen des Landesherrn bis ins Mark erschüttert war.⁸

Auch militärisch war die hessische Position geschwächt. Denn schon in der Anfangsphase des deutschen Bundes waren die beiden Großmächte Preußen und Österreich daran interessiert gewesen, eine Stärkung der Macht Hessens im Herzen Deutschlands durch die Aufteilung der kurhessischen und großherzoglich-hessischen Kontingente auf zwei Korps zu verhindern.⁹ Diese Trennung hatte natürlich auch 1866 Auswirkungen auf die Operationen der hessischen Truppen und bis 1866 versuchten beide Kurfürsten vergeblich, eine Änderung der Einteilung der Divisionen zu erreichen.¹⁰

Nicht nur in der Gesellschaft, auch im kurhessischen Militär rumorte es.¹¹ Nach einem erneuten Streit mit dem Oberkommando der Armee war General von Specht im Februar 1862 vom Kurfürsten entlassen worden und durch den letzten kurhessischen Oberbefehlshaber, Bernhard von Loßberg, ersetzt worden. Wie schon 1806 bestimmte nicht militärisches Können, sondern allein die Geneigtheit des Kurfürsten die Wahl. Dieser kurfürstliche Alleingang, wie eine Reihe von Affären 1864/65, nährte den Wunsch des Offizierkorps, preußisch zu werden. Dazu trug auch bei, daß der Kurfürst den Kronprinzen zum Oberbefehlshaber ernannte, ihn jedoch am Folgetag schon wieder seines Amtes enthob, da er fürchtete, sein Nachfolger könne zu eng mit Preußen zusammen arbeiten.¹²

Vorgeschichte des Kriegsausbruches

Wilhelm hatte gegen den Rat seiner Minister und Offiziere am Deutschen Bund festgehalten und sich wie sein Vater gegenüber Napoleon in die bewaffnete Neutralität zurück gezogen.¹³ Dies wurde von Preußen so nicht anerkannt. Bereits im späten Frühjahr wurden tausende preußischer Soldaten im Zug durch Kurhessen in Richtung des böh-

8 v. NATHUSIUS: Regierung (wie Anm. 4), S. 528-534. Akten und Dokumente zur kurhessischen Parlaments- und Verfassungsgeschichte 1848-1866. hg. v. Hellmut SEIER, bearb. v. Ulrich v. NATHUSIUS und Hellmut SEIER (VHKH 48,2), Marburg 1987, S. 459-491, bes. S. 487-491.

9 SEIER: Kurhessen (wie Anm. 3), S. 201.

10 GOEBEL: Bundes- und Deutschlandpolitik (wie Anm. 2), S. 199 f.

11 Untersuchung und Überblicksgeschichte der ideengeschichtlichen und ideologischen Grundlagen des hessen-kasselschen Militärs: Thomas FUCHS: Idee und Wirklichkeit des hessen-kasselschen Militärstaates, in: ZHG 106, 2001, S. 19-35.

12 Auch die inkonsequente Politik gegenüber Preußen bedingt durch das Ignorieren der Berater, besonders auch des leitenden Ministers Abée, erinnert deutlich an die Situation von 1806. Marco ARNDT: Militär und Staat in Kurhessen 1813-1866 (QFHG 102), Darmstadt, Marburg 1996, S. 337-343; 444; Ludolf PELIZAEUS: Fürstlicher Gesandtenalltag württembergischer und hessischer Gesandter von Ludwig XIV. bis Napoleon, in: BldtLG 136, 2000, S. 165-198, hier S. 184-187; 197 f.

13 Vgl. zu 1806: Georg SCHULZ: Zum Verständnis der Politik des Kurfürsten Wilhelm von Hessen-Cassel im Jahre 1806, Diss. Greifswald 1908, S. 49-54.

mischen Kriegsschauplatzes transportiert. Als Österreich am 11. Juni die Mobilisierung des Deutschen Bundes forderte, war eine Konfrontation kaum mehr vermeidbar. Am 16. wurde in Kurhessen die Mobilmachung angeordnet, allerdings durch den preußischen Kriegsminister von Meyerfeld nach Kräften verzögert. Der Hauptmann von Stamford erinnert sich: *Die allgemeine höchste Aufregung wurde bei den Truppen noch durch die Besorgnis von einer Katastrophe, ähnlich der von 1806, gesteigert und in der dumpfen Stimmung, erzeugt durch das Herannahen eines großen Unglücks, ... hofften die Offiziere ... auf eine andere Entscheidung des Kriegsherrn. Alles wies nach Preußen hin, mit dessen Armee die hessischen Truppen längst auch im Äußeren gleich erschienen.*¹⁴

Am 16. Juni war die Mobilmachung des VII. bis X. Armeekorps, also fast des ganzen Bundesheeres, außer dem österreichischen I.-III. und preußischen IV.-VI. Corps, beschlossen worden.¹⁵ In Kassel reagierte man sehr zurückhaltend und erließ nicht nur aufgrund der kursierenden Mobilmachungsgerüchte ein Dementi, sondern zog die Beurlaubten auch tatsächlich nicht ein. Anders hingegen in Darmstadt, wo 2,5 Millionen für die Feldaufstellung genehmigt wurden, freilich auch hier erst nach einer kontroversen Diskussion in den beiden Kammern.¹⁶

Die Ereignisse überschlugen sich jedoch und schneller als erwartet sah man sich in Kassel mit einem preußischen Ultimatum konfrontiert, das einer Kriegserklärung gleich kam: *1. Kurhessen solle dem preußischen Reformprojecte beitreten, Parlamentswahlen ausschreiben, 2. die Mobilisierung nicht eintreten lassen, 2. dafür wird Souveränitätsgarantie mit Parlamentsbeschränkungen geleistet. Antwort bis 2 Uhr nachts. Im Ablehnungsfalle Kriegserklärung an Kurhessen und Regentschaftseinsetzung des kurhessischen Thronfolgers.*¹⁷ Daraufhin erfolgte der Beschluß der Ständeversammlung mit einer Mehrheit von 35:14, die unter Bezugnahme auf Bundesabstimmung forderte, zur neutralen Haltung zurückzukehren und die Truppenmobilisierung nicht auszuführen. Truppenmobilisierungsgelder wurden nicht bewilligt. Preußens drohende Haltung führte dann doch zur Mobilmachung, wobei aber die rein defensiven Absichten und das Verharren in der bewaffneten Neutralität betont wurden. Es kristallisierte sich schnell heraus, daß wie schon 1806 der hessisch-thüringische Raum zum Konfliktfeld der beiden gegnerischen Parteien werden würde. Denn neben den preußischen Truppen bewegten sich hannoversche Truppen Richtung Süden, während bayerische Einheiten sich Fulda näherten.

14 Zitiert nach ARNDT: Militär (wie Anm. 12), S. 345. Vgl. zur Entwicklung bis zu diesem Datum: GOEBEL: Bundes- und Deutschlandpolitik (wie Anm. 2), S. 375-401.

15 Mainzer Journal 137, 16.6.1866. Vgl. allg.: Jürgen ANGELOW: Von Wien nach Königgrätz: die Sicherheitspolitik des Deutschen Bundes im europäischen Gleichgewicht (1815-1866) (Beiträge zur Militärgeschichte 52), München 1996, S. 247-250.

16 Mainzer Journal 137 & 138, 16., 17.6.1866.

17 Mainzer Journal 138, 17.6.1866; Meldung Kassel, 15.6.1866. Vgl. SEIER: Kurhessen, (wie Anm. 3), S. 207 f.

Der preußische Einmarsch

Wie 1806 wurde Kurhessen überrascht. Am 18. Juni marschierten preußische Truppen unter General Beyer von Wetzlar/Braunfels kommend über Fronhausen nach Marburg. Wilde Gerüchte über ihre Stärke eilten den militärisch als stark eingeschätzten Preußen voraus.¹⁸ In der Universitätsstadt langte aber zuerst lediglich eine Vorausabteilung des 9. Husarenregiments und 80 Musketiere des preußischen IR 39 an. Von preußischer Seite war man bemüht, unverzüglich die friedlichen Ziele zu betonen und verteilte Flugblätter¹⁹, in denen die Absicht, daß sie als Brüder kämen, betont wurde. Nach kurzer Rast marschierten die Preußen nach Kirchhain weiter.²⁰

Aber auch das Großherzogtum war betroffen. Fast gleichzeitig besetzten preußische Truppen Gießen, um hier die Schienen der Eisenbahn Gießen-Frankfurt aufzureißen und weitere Truppen Richtung Marburg per Bahn senden zu können. Es sollte sich schnell zeigen, daß das Besetzen und Zerstören der Eisenbahnverbindungen zum zentralen Ziel dieses Feldzuges werden sollte. Andererseits nutzten nämlich auch die großherzoglichen Truppen ihrerseits die Eisenbahn zur Truppenverlegung nach Frankfurt.²¹

Da es keinen Widerstand gab, konnten die preußischen Truppen am Folgetag in Melsungen und am 18. Juni in Guntershausen einmarschieren. Damit hatte man den

18 Es wurden 12.000 Mann gemeldet. Mainzer Journal 139, 19.6.1866. Vgl. Lapidare Bewertung der Ereignisse bei: Theodor FONTANE: Der deutsche Krieg von 1866, Bd. 2, Berlin 1871. Ndr. Düsseldorf 1979, S. 6.

19 „Hessische Brüder! Auf Befehl meines Königs und Herrn bin ich mit einem preußischen Corps heute in Eurer Lande eingerückt, nachdem Eurer Regierung in beklagenswerther Verblendung es verschmäht hat, in friedlichem Bunde mit Preußen für unser gemeinsames deutsches Vaterland eine Organisation zu schaffen, welche den gerechten Forderungen des deutschen Volkes entspricht. Kaum hat ein anderer Volksstamm so schwer unter der Zerfahrenheit unserer deutschen Zustände zu leiden gehabt, wie Ihr! Wir wissen, daß Ihr Euch deshalb nach glücklicheren Tagen seht, und kommen zu Euch, nicht als Feinde und Eroberer, sondern um Euch die deutsche Bruderhand zu reichen! Nehmt sie an und folgt nicht länger der Stimme derer, die Euch mit uns verfeinden möchten, weil sie kein Herz für Euer Wohl und Deutschlands Ehre haben! Nur den, der zwischen Euch und uns sich stellt, betrachten wir als unseren Feind. Ich würde jeden Versuch des Widerstandes mit dem Schwerte in der Hand brechen, aber auch jeden Tropfen so vergossenen Blutes schwer beklagen.

Ich fordere alle Behörden auf, auf Ihrem Posten zu verbleiben und ihre Geschäfte wie bisher fortzuführen. Den friedlichen Bürgern verspreche ich Schutz in ihrem Eigenthume. Der Verkehr wird im Lande frei bleiben, so weit dieß ohne Beeinträchtigung der militärischen Interessen möglich ist. Dagegen erwarte ich, überall bereitwilliges Entgegenkommen zu finden, wo ich im Interesse meiner Truppen und zur Erfüllung der mir gestellten Aufgabe die Hilfe des Landes in Anspruch nehmen muß.

Hessische Brüder! Preußen's Volk, geschaart um Preußen's König, setzt seine höchsten Güter ein für deutsches Recht und Deutschland's Macht. Auf! Zeigt auch Ihr, daß ächt deutsches Blut in Euren Adern rollt! 16.6.1866, v. Beyer. Mainzer Journal 148, 23.6.1866.

20 Robert FRIDERICI: 1866. Bismarcks Okkupation und Annexion Kurhessens, Kassel 1989, S. 55 f.

21 Gleichzeitig rückten preußische Truppen auch in Nassau ein. Mainzer Journal 138 & 139, 17., 19.6.1866.

Knotenpunkt der Friedrich Wilhelms Nordbahn Richtung Bebra-Gerstungen, wie die Main-Weser Bahn besetzt.²²

In Marburg wurden die Offiziere gegen Ehrenwort entlassen und die Mannschaften heimgeschickt. Es ist bezeichnend, daß man in Marburg nicht die meiste Angst vor Kriegsereignissen hatte, sondern vor den jetzt nicht mehr bewachten Sträflingen und sich über die Zerstörung der Eisenbahnanlagen ärgerte: Nachdem der Oberbürgermeister und der Postmeister von Marburg *während des Morgengottesdienstes vor den commandirenden General beschieden und auf den Gehorsam gegen dessen Anordnungen verpflichtet* worden waren, ließ man Pferde und Fourage requirieren und nach der Abfahrt des Infanterieregiments 70 auch die Marburger Gleisanlagen zerstören. Weichen und sieben Lokomotiven wurden unbenutzbar gemacht²³, Telegraphenleitungen umgehauen, *ja die Zerstörungswuth der Soldaten hatte sich sogar an Bahnwärterlaternen, Fahrplänen und Plakaten der Wartesäle usw. Luft gemacht. Wir sind nun von allem Eisenbahn- und Postverkehre abgeschnitten und was das Schlimmste ist, dem Ausbruche der aus Mördern und Dieben bestehenden Eisensträflinge, die ohne alle militärische Bewachung sind, stündlich preisgegeben; denn seit gestern Nachmittag ist kein Preuße und auch keine sonstige bewaffnete Macht mehr in der Stadt.*²⁴

In Kassel wurde die preußische Vorhut per Eisenbahn aus Treysa/Ziegenhain verstärkt, so daß man mit fünf Bataillonen, 2 Zügen Husaren und einer Batterie Artillerie bis in das Tannenwäldchen bei Kassel vorrückte.²⁵ Die Ereignisse spitzten sich zu: Von preußischer Seite wurde jetzt Oberst Roeder entsandt, der den Kurfürsten treffen sollte, um ihn zum Verlassen des Landes aufzufordern. Doch Friedrich Wilhelm zögerte das Treffen zunächst lange heraus und nach dem Treffen sickerten schnell Gerüchte durch, die den Kurfürsten in einem schlechten Licht erscheinen und sehr deutlich das gespannte Verhältnis zum Kurprinzen überall in Deutschland deutlich werden ließen.²⁶

22 Die Eisenbahnlinie Bebra-Hanau war noch nicht fertig gestellt, bei Ausbruch des Krieges wurde am Streckenabschnitt um Salmünster gearbeitet. Die Arbeiten wurden Ende Juni kurz unterbrochen und Ende Juli fortgeführt. Vgl. Wochenblatt Fulda 46, 49, 50, 9.; 20.; 23.6., 21.7.1866, S. 571, 611, 619, 695. Es gab damit keine Eisenbahnverbindungen mehr: Vgl. die Karte in: Ludwig BRAKE: Die ersten Eisenbahnen in Hessen. Eisenbahnpolitik und Eisenbahnbau in Frankfurt, Hessen-Darmstadt, Kurhessen und Nassau bis 1866 (VHKN 51), Wiesbaden 1991. Karte.

23 Vermutlich handelte es sich dabei um Henschel Lokomotiven. Henschel in Kassel war seit 1846 der „Hoflieferant der Friedrich-Wilhelms-Nordbahn“, nachdem 1844/45 die ersten Lokomotiven für die kurhessischen Eisenbahnen noch aus England und den USA kamen. Die Kasseler Firma konnte dann aber 22 Lokomotiven für die Friedrich-Wilhelms-Nordbahn, 32 für die Main-Weser-Bahn und immerhin auch schon drei für die Bebra-Hanauer-Bahn liefern. BRAKE: Eisenbahnen (wie Anm. 22), S. 266-268. Ich danke Alfred Gottwaldt vom Deutschen Technikmuseum für seinen freundlichen Hinweis.

24 Mainzer Journal 142, 22.6.1866.

25 Es handelte sich um 5000 Mann Infanterie, die sich aus den Infanterieregimentern 19, 20, 30, 32, 39 und 70 zusammensetzten. Mainzer Journal 142, 22.6.1866.

26 Im Mainzer Journal wurde gemeldet, der Kurfürst habe zunächst die Angebote, Oberhessen oder Rheinhessen von Darmstadt für einen Bündniswechsel zu erhalten, abgelehnt, weil Preußen diese Provinzen nicht zu vergeben habe, sei dann aber erst richtig in Fahrt geraten, als der preußische Gesandte im Weigerungsfall einfach seine Ablösung durch den Kurprinzen angedroht habe: *Das kann der Prinz nicht thuen, darf's nicht thuen und wenn er's thäte ließ Ich – Ich, sein Souverän,*

Preußen schuf derweil vollendete Tatsachen. Am 19. Juni marschierte eine preußische Vorausabteilung in die Kasseler Innenstadt. Bürgermeister Nebelthau wurde zu dem preußischen Oberkommandierenden Oberst v. Woyna zitiert und ihm lapidar mitgeteilt, er habe am Folgetag 10.500 preußische Soldaten einzuquartieren.²⁷ Von kurhessischer Seite erfolgte keinerlei Widerstand, vielmehr fielen den Preußen große Bestände an Gewehren und Ausrüstung in die Hände.²⁸

Kurfürst Friedrich Wilhelm verblieb in Wilhelmshöhe und führte von dort aus mit seinen Ministern ein machtloses Schattenregiment. Aus seinem Fenster konnte er die Preußen bereits bei der Domäne stehen sehen, den Schloßpark okkupierten sie jedoch noch nicht. Der Griff wurde enger und selbst der Kurfürst bekam dies zu spüren. Es gab eine *sehr harte Szene*, als der Kurfürst sein morgendliches Milchbrot nicht bekam, weil die Preußen den Küchenwagen nicht durchgelassen hatten. Bei der Zusammenkunft mit seinen Ministern tobte der Kurfürst vor Zorn; der bereits de facto abgesetzte Ministerpräsident Abbé vermochte keinen Rat mehr zu geben und wurde nun auch vom Kurfürsten entlassen.²⁹ Bismarck seinerseits wollte den Kurfürsten im Schloß isoliert lassen und ließ daher am 21. Juni auch Wilhelmshöhe besetzen. Jetzt wurde die Suspendierung des Landesherrn veröffentlicht.³⁰ Gleichzeitig installierten die Preußen unter dem Historiker Max Duncker ihre eigene Regierung, die jedoch keinen Erfolg hatte, da Duncker die Führer der liberalen Landtagsopposition nicht rekrutieren konnte. Immerhin saß der Landesherr noch in Wilhelmshöhe und die kurhessischen Truppen waren noch nicht geschlagen.³¹

ihn vor Gericht stellen und als Hochveräther todschießen oder ihm den Kopf abschlagen. Ob diese Worte wirklich fielen, ist schwer zu beurteilen, doch kosteten sie den Kurfürst die letzten Sympathien. Mainzer Journal 148, 23.6.1866 (Korrespondentenmeldung, die auch in anderen Teilen Deutschlands erschien).

27 Nach dem Einmarsch der Füsilierbataillone 32 und 39 kam es noch zu einem Zwischenfall, als der Kommandant des Kastells von Kassel, Hauptmann von Griesheim, sich weigerte, die Preußen einzulassen. Als diese jedoch scharf luden, ließ er die Tore öffnen. FRIDERICI: 1866 (wie Anm. 21), S. 69-71.

28 Es kann davon ausgegangen werden, daß dies geplante Maßnahmen zur Unterstützung Preußens, wie auch das Horten von neuen Uniformen und Ausrüstung, durch Kriegsminister von Meyerfeld waren. *Das Zeughaus wurde ausgeleert und 300 Wagen voll Waffen etc. nach Preußen geschafft.* Mainzer Journal 149, 30.6.1866. FRIDERICI: 1866 (wie Anm. 21), S. 58.

29 Ebd., S. 81 f.

30 Ebd., S. 83 f. In der Provinz kam davon aber wenig an. Bis Ende Juni werden alle Personalentscheidungen als vom Kurfürsten beschlossen („Seine Königliche Hoheit der Kurfürst haben allergnädigst geruht“) veröffentlicht, erst am 30. Juni und am 4. Juli erscheint die Proklamation „An mein getreues Volk“ und damit die Ermahnung, auf den Posten zu verbleiben. Wochenblatt Fulda 51-53; 27.; 30.6.; 4.7.1866, S. 631, 639, 647. Original in: StadtA Fulda, Kriegssachen XIX, C 21.

31 Duncker war 1849 im Erfurter Parlament gewesen, lehrte dann wieder als Historiker, um 1859 als Geheimer Regierungsrat die Pressestelle im Ministerium des Inneren zu übernehmen. GOEBEL: Bundes- und Deutschlandpolitik (wie Anm. 2) S. 421 f.; FRIDERICI: 1866 (wie Anm. 21), S. 77.

Beginn der kurhessischen Gegenmaßnahmen

Erst am 22. Juni waren die kurhessischen Verbände bei Hanau komplett versammelt worden, also erst zwei Tage nach Gefangensetzung des Kurfürsten.³² Zwar hatte der Abmarsch der kurhessischen Truppen am 16. Juni begonnen, doch die Sammlung begann erst ab dem 20. Sehr viel entschiedener war die Sammlung der Truppen unter Prinz Alexander von Hessen und bei Rhein als Kommandeur des VIII. Corps der großherzoglich hessischen, württembergischen und badischen Truppen vonstatten gegangen.³³ Auch Hannover war inzwischen im kurhessisch-hannoverschen Grenzgebiet sehr viel aktiver gewesen: Am 16. Juni hatte man die Gleise der Main-Weser-Bahn Richtung Hannover und Apparate des preußischen Telegrapheninspektors zerstört. Selbst nach dem preußischen Einmarsch in Kassel waren am 19. Juni zwanzig hannoversche Husaren durch die Stadt geritten, was erst am Folgetag zu einem Scharmützel bei Witzenhausen führte. Erst nachdem am 22. Juni preußische Truppen die von hannoverschen Truppen geräumte Stadt Göttingen besetzten, kam es zu keinen weiteren Konfrontationen in Kurhessen mehr.³⁴

Der Kommandeur des kurhessischen Corps, Karl Wilhelm Jeremias v. Loßberg³⁵ war nur eine Wahl aus der Not. Der Kurfürst hatte seinem Thronfolger schon nach einem Tag aus Mißtrauen das Kommando entzogen und ernannte daher Loßberg.³⁶ Dabei war Loßberg kriegsunwillig. Er sah die kurhessische Armee der preußischen als hoffnungslos unterlegen an und hielt Widerstand für sinn- und zwecklos, besonders nachdem der Kurfürst als Gefangener nach Stettin gebracht worden war.³⁷

Doch zunächst war die Situation wenig klar und Loßberg erhielt eine Verstärkung durch die Truppen von Carl Wilhelm v. Schenk zu Schweinsberg und einige junge Männer aus den besetzten Gebieten, die sich am kurhessischen Sammelplatz meldeten. Die freiwillige Meldung bei den kurhessischen Truppen geschah allerdings selten aus kurhessischem Patriotismus, sondern vornehmlich, weil viele fürchteten, von Preußen eingezogen und auf andere Kriegsschauplätze geschickt zu werden.³⁸ So nehmen auch

32 GOEBEL: Bundes- und Deutschlandpolitik (wie Anm. 2), S. 399 f., 419 f. Es war die Tragik des Kurfürsten, daß er aufgrund seiner unstandesgemäßen Heirat mit Gertrud Lehmann ohnehin von der Thronfolge ausgeschlossen war und die Linie der Grafen von Schaumburg, die Nachkommen des Kurfürsten, weiter blühte, aber ohnehin keinen Thronanspruch mehr gehabt hätte. Vgl. Carl KNETSCH: Das Haus Brabant. Genealogie der Herzöge von Brabant und der Landgrafen von Hessen. Darmstadt [1929], Tf. IX; LOSCH: Kurfürst (wie Anm. 4), S. 45 ff.

33 Mainzer Journal 140 & 141, 20., 21.6.1866. Goebel, Bundes- und Deutschlandpolitik (wie Anm. 2), S. 423 f.

34 FRIDERICI: 1866 (wie Anm. 21), S. 66 f; 90 f.

35 Karl Wilhelm Jeremias v. Loßberg: 1846 Adjutant, 1854 Generalmajor, schließlich Chef des Militärkabinetts. FRIDERICI: 1866 (wie Anm. 21), S. 94.

36 Fälschlich meldete das Mainzer Journal der Kurfürst habe sich mit seinen Truppen nach Fulda begeben und der Thronfolger, Prinz Friedrich Wilhelm, übernehme ein Kommando. Mainzer Journal 140, 20.6.1866.

37 ARNDT: Militär (wie Anm. 12), S. 346.

38 Während am 25. Juni noch enthusiastisch gemeldet wurde: *Indessen wimmeln in Kurhessen die Landstraßen von Reservisten und Beurlaubten, die nach Hanau ziehen, um dort mobilisiert zu werden. Die Reservisten eilen sogar aus den durch die Preußen besetzten Landestheilen herbei. Es befinden sich darunter auch Kasseleraner und überhaupt nicht wenige, die noch nicht einmal im*

die Meldungen über Verweigerung der Einziehungen immer mehr zu.³⁹ Immerhin mussten, besonders in Hanau, immer wieder Anordnungen erlassen werden, die *Sympathie Aeufferungen für den erklärten Landesfeind unter die Strafgesetze* stellten.⁴⁰ Kurhessen war zu diesem Zeitpunkt zweigeteilt: Nordhessen unter General Beyer und der provisorischen Regierung in Kassel und die fuldischen und hanauischen Gebiete unter dem ehemaligen Minister von Baumbach als vom Deutschen Bund ernannten Bundeskommissar. Hinzu kam, daß die kurhessischen Verbände seit dem 25. Juni Prinz Alexander von Hessen und bei Rhein unterstellt wurden und somit der seit über fünfzig Jahren gehegte Wunsch nach einer Zusammenführung der hessischen Truppen, freilich unter ganz anderen Verhältnissen, Wirklichkeit wurde.⁴¹

Die Verlegung in die Bundesfestung Mainz

Es war für Loßberg wenig erfreulich, als die Truppen am 29. Juni in die Bundesfestung Mainz verlegt wurden, nachdem die Preußen am 20. Juni die Stadt verlassen hatten.⁴² Loßberg erhielt nun wider Willen eine strategisch wichtige Aufgabe zugewiesen, da die Festung eine Schlüsselposition für einen französischen Einmarsch oder für die Eroberung Süddeutschlands hatte. Es war für Loßberg wenig erfreulich, daß der bayerische Kommandeur der Festung, von Rechberg, einen entschiedenen Eindruck machte.⁴³ Damit stieß Rechberg allerdings auf den Widerstand der Mainzer Stadtväter, die eine *Vertheidigung vorraussichtlich, nach jetziger Lage der Sache wohl* [für] *zwecklos* hielten. Mit der

Besitze von Einberufungsordres sind. Sie eilen zu den Kameraden, um mit diesen ihre Schuldigkeit zu thun. Die alte Treue ist also doch noch lebendig. Klingt es Ende Juni sehr viel verhalten, aber auch realistischer: *Seit gestern kommen junge Leute und verheirathete Männer von Kassel flehend hierher, weil sie befürchten, in's Militär geschickt zu werden.* Insgesamt wurden die preußischen Ausschreitungen auch stark übertrieben, was das Mainzer Journal zu einer ironischen Darstellung veranlasste: *erzählten den Anderen das Schrecklichste, daß die Preußen da wären und auf offenem Felde die Ochsen schlachteten und brieten und siehe, die Berge haben ein Maus geboren.* Mainzer Journal 147, 149, 150, 152, 28., 30.6.; 1., 4.7.1866.

39 Z. B.: meldet das Wochenblatt Fulda Nr. 67, vom 22.8.1866, S. 775 f. allein 11 *ungehorsam zurückgebliebene Militärflichtige*.

40 Mainzer Journal 150, 163, 1., 19.7.1866.

41 Proklamation v. Baumbach, Hanau, 2.7.1866, in: Mainzer Journal 152, 154, 4., 6.7.1866. In der Proklamation betonte Prinz Alexander die *Tapferkeit* und den Gedanken *vereint für Deutschlands Ehre, für Eueres Landesfürsten mit Füßen getretenes Recht* zu kämpfen und beantwortete damit den Aufruf von General Beyer, der ja betont hatte, er kämpfe gegen diejenigen, die *kein Herz für Euer Wohl und Deutschlands Ehre haben*. Mainzer Journal 143, 147, 23.; 28.6.1866.

42 StadtA Mainz, Stadtratsprotokoll 1866, Sitzung vom 20.6., § 214. Dabei hatte der preußische Kommandeur an die Mainzer Bevölkerung appelliert, ein *freundschaftliches Andenken [zu] bewahren*, doch die folgenden Ereignisse trugen nicht dazu bei. Am 30.6. konnten die Leser des Mainzer Journals lesen: *Friedericianische Politik – das ist also die Parole unserer Gewalthaber. Wir wollen sehen, wie die deutsche Bruderhand sie aufnimmt. In Glacéhandschuhen wird sie gereicht. Aber so glänzend diese Handsschuhe auch sind: darunter steckt die ekelhafte Hand der hochmüthigen und hoffärtigen Großpreußen.* Mainzer Journal 149, 30.6.1866.

43 *überhaupt ist die Widerstandsfähigkeit, soweit man darunter den gesammten Vertheidigungsapparat und die nöthigen Vorräthe an Munition, Proviant und Reservematerialien versteht, seit den Zeiten des Bundestages nie größer und besser ...* Mainzer Journal 149, 30.6.1866.

Verkündung des Belagerungszustandes am 22. Juli hatte solche Kritik aber dann zu unterbleiben, da Aufruhr und Widersetzung gegen die *öffentliche Ordnung* mit Gefängnisstrafen oder Tod durch die Militärjustiz geahndet werden konnten.⁴⁴

Die Stimmung in Mainz war keinesfalls propreußisch gewesen: *Unsere Stadt bekommt immer mehr ein kriegerisches Ansehen. Es wächst aber auch die Erbitterung gegen Preußen von Tag zu Tag.* Die Bevölkerung wurde aufgefordert, Verbandsmaterial zu sammeln und kam der Aufforderung sofort nach. Schwieriger war die Frage der Einquartierung, wobei es sich vornehmlich um die Übernahme der Lasten drehte, zu welcher die Mainzer nach Aussage ihres Oberbürgermeisters nicht verpflichtet waren.⁴⁵ Es bleibt aber interessant, wie wenig trotzdem der Krieg das tägliche Leben der Stadt beeinflusste. Während des Krieges finden sich fast keine kriegsbezogenen Einträge in den Stadtratsprotokollen, erst nach dem Frieden tauchen mit dem Militär in Zusammenhang stehende Fragen auf.⁴⁶

Nach dem Einzug der kurhessischen Truppen setzte unverzüglich der preußische Versuch ein, die Neuangekommenen zur Kapitulation zu bewegen. Da sich Loßberg weigerte, den preußischen Parlamentär Major Preuß zu empfangen, wandte sich dieser an das „Mainzer Journal“. Im Namen von General v. Werder⁴⁷ waren Offiziere und Soldaten *unter Berufung auf ihren Rechtssinn zum Abfall von der Bundessache und zum Gehorsam gegen die bestehende Obrigkeit des Landes, bzw. zur Rückkehr in ihre Garnisonen... um sich dort – entwaffnen zu lassen* aufgefordert worden. Dabei versuchte man von preußischer Seite den Eindruck zu erwecken, als seien *Offiziere gleich den Behörden nach dem Willen des Kurfürsten selbst [aufgefordert worden] sich der preußischen Gewalt zu fügen.*⁴⁸ Derart herausgefordert, reagierte Loßberg unverzüglich am 13. Juli. Seine Replik aber spiegelt nur Wehmut an *die Vergangenheit, in welcher kurhessische Truppen oftmals an preußischer Seite glorreich gefochten haben* wieder und er betont, daß es *schwer geworden [sei], diese Vergangenheit gebrochen zu sehen* Und so kann es auch nicht wundern, daß die Ablehnung der Aufforderung eher hölzern wirkte: *Mit Entrüstung weise ich daher...eine Aufforderung zurück, welche ... Treue und Ehre mit Füßen trete.*⁴⁹ Der Duktus der Replik und die Tatsache, daß keine weiteren Stellungnahmen erfolgten, lassen durchscheinen, daß beide Seiten nur noch ihre Pflichtkür machten, für Kurhessen waren die Tage gezählt.

44 StadtA Mainz, Stadtratsprotokoll 1866, Sitzungen vom 18.7.1866, § 249. Die komplette Ordnung des Belagerungszustandes in: Mainzer Journal 168, 22.7.1866.

45 Die Frage der Einquartierung war ein Dauerbrenner: StadtA Mainz, Stadtratsprotokoll 1866, Sitzungen vom 20.6., 11., 18.7., 3., 15.9.1866, § 225, 237, 251, 294, 295, 300. Unterstützung für Verwundete: StadtA Mainz, Stadtratsprotokoll 1866, Sitzungen vom 27.6.1866, § 228, 229. Mainzer Journal 141, 148, 21, 29.6.1866. Die Beschaffenheit der Stadtratsprotokolle in Fulda, die nur ein Register der eingegangenen Supplikationen, Bauaufträge u. ä. Anfragen sind, lassen keine Rückschlüsse über die Beratungsthemen zu. StadtA Fulda, Stadtratsprotokolle 1866.

46 So werden Messen in Mainz, Maßnahmen des Theaterausschusses, Aushilfen für die Polizei, Straßenreinigung, Gebäudeversicherung etc. besprochen. StadtA Mainz, Stadtratsprotokoll 1866, 3.8., 18.8.1866.

47 Werder war Militärgouverneur von Kurhessen. Wochenblatt Fulda, 55, 11.7.1866, S. 671.

48 Mainzer Journal 157, 10.7.1866. Die preußische Stellungnahme nur paraphrasiert wieder gegeben und betont, der preußische Abgesandte hätte verhaftet werden sollen.

49 Mainzer Journal 162, 15.7.1866. Vgl. ARNDT: Militär (wie Anm. 12), S. 349-350; LOSCH: Geschichte, S. 404 ff; GOEBEL: Bundes- und Deutschlandpolitik (wie Anm. 2), S. 438-441.

Das Schicksal der großherzoglich hessischen Truppen

Anders sah die Situation für das Großherzogtum aus, das zwar nach den Niederlagen von Langensalza und Königgrätz nicht mehr ernsthaft mit einem Sieg des Bundes rechnen konnte, aber noch hoffte, im Besitz des Hinterlandes und von Hessen-Homburg bei einem günstigen Waffenstillstand und Frieden verbleiben zu können. Die Darmstädter Truppen waren *in Action mit den Preußen jenseits Aschaffenburg* und wurden ständig von Frankfurt aus per Bahn verstärkt, was mit dem preußischen Einmarsch in der Stadt am 16. Juli unterbunden wurde. Im Gegensatz zu den Kurhessen kam es hier auch zu Gefechten. Die Kämpfe gegen die Preußen bei Aschaffenburg waren hart; *ein mörderisches Feuer der Preußen ließ gegen 30 hessische Officiere gefallen und blessirt sein und forderte 150 Tode und ... 300 Verwundete.*⁵⁰ Die Situation spitzte sich sogar weiter zu. Die Darmstädter Truppen wurden mit dem VIII. Armeecorps nach Michelstadt verlegt, während für die Kurhessen seit der Verkündung des Belagerungszustandes in Mainz am 20. Juli erhöhte Aufmerksamkeit galt.⁵¹

Obwohl der Waffenstillstand zum Greifen nahe war, nahmen die Kämpfe bei Tauberbischofsheim, Helmstadt und Roßbrunn so an Schärfe zu, daß *die Preußen sich ... mit jedem Tag auch verhaßter machten* und die Erbitterung in der Berichterstattung des „Mainzer Journals“ deutlich zunahm.⁵² In Mainz war das kurhessische Corps mittlerweile gespalten: Während die kurhessischen Offiziere für die sofortige Übergabe waren, zögerte Loßberg noch, wohl vornehmlich, da die Unteroffiziere und Soldaten noch auf Seiten des Kurfürsten standen und er eine Meuterei vermeiden wollte. Loßberg hatte Glück und brauchte keine Entscheidung zu treffen: die politische Entwicklung hatte die Ereignisse eingeholt und durch die Friedensschlüsse vom 26. Juli und 2. August wurde das Bundesarmee-corps aufgelöst. Die kurhessischen Truppen blieben zunächst in Mainz und warteten ab, da zunächst keine Anordnung des Kurfürsten erfolgte. So überholte wieder einmal die Entwicklung der Dinge die Langsamkeit des Kurfürsten, als der preußische Landtag am 17. August die Annexion Kurhessen beschloß.⁵³ Die großherzoglich-

50 Mainzer Journal 163, 164, 165, 17., 18., 19.7.1866. Aschaffenburg war mit der großen Anzahl von Verwundeten völlig überfordert, da *ganze Wägen von Verwundeten* ankamen. *Zur Beruhigung der Mainzer sei gesagt, daß, so viel bekannt, sich unter den Gefallenen kein Mainzer befindet.* Aschaffenburg wandte sich kurze Zeit später hilfeschend an Mainz, da *fast unerschwingliche Contributionen* an Preußen zu zahlen seien und die Stadt *total erschöpft* sei. Unter Verweis auf die gemeinsame Geschichte *in dem ehemaligen Kurstaate* und der Mainz nach der Explosion des Pulverturms geleisteten Hilfe bat man um finanzielle Unterstützung. StadtA Mainz, Stadt-ratsprotokoll 1866, 14.7.1866, § 281.

51 Mainzer Journal 168, 22.7.1866. Hier wurden auch die preußischen Gefangenen aus Gefechten mit den Nassauern hingebracht: *Die Gefangenen, lauter verheirathete Landwehrmänner, zeigten sich sehr heiter und mit ihrem Schicksale völlig zufrieden.* Mainzer Journal 164, 18.7.1866. In Darmstadt taten derweil *die Turner in ihren Thurnjacken...Wachdienst am Schloß*, obwohl man ständig mit einem preußischen Angriff auf Darmstadt rechnete. Mainzer Journal 163, 19.7.1866.

52 Mainzer Journal 168, 178, 24.7.; 2.8.1866.

53 Am 17. September entband schließlich auch der Kurfürst seine Truppen vom Fahneid und zog sich in sein Prager Exil zurück. Hans MANGOLD: Reminiszenzen an den letzten Kurfürsten von Hessen in der CSSR, in: ZHG 93, 1988, S. 241-251, hier S. 243-246; GOEBEL: Bundes- und Deutschlandpolitik (wie Anm. 2), S. 426 f.

hessischen Truppen marschierten hingegen erst am 8. August in Richtung ihrer Standorte von Nördlingen zurück. Sie wurden per Bahn über Stuttgart nach Worms gebracht, wo sie für die Dauer des Waffenstillstandes bleiben sollten.

Ausblick

Kurhessen hatte aufgehört zu bestehen, aber nach den vorangegangenen ständigen Streitigkeiten kann es nicht wundern, daß fast niemand in große Trauer ausbrach.⁵⁴ Kassel wurde als neue Hauptstadt der Provinz Hessen-Nassau sogar für ein noch größeres Gebiet zuständig, obwohl Bismarck zunächst eine Provinz „Thüringen“ schaffen wollte und Nassau, Homburg, Frankfurt und die Darmstädter Teile der Rheinprovinz zuschlagen wollte.⁵⁵ Das Hinterland und Hessen-Homburg gingen Darmstadt verloren, einzig Oberhessen konnte man in Berlin noch halten.⁵⁶

Während Bismarck auch gewaltsames Vorgehen gegen die kurhessischen Truppen erwogen hatte, kam es jetzt zur Unterstellung der Einheiten unter die preußische Mainarmee. Am 26. August wurde Mainz preußischen Truppen übergeben.⁵⁷ Da es zu Schlägereien zwischen preußischen und ehemals kurhessischen Soldaten kam, drängte man preußischerseits auf einen schnellstmöglichen Abzug.⁵⁸ Die Truppen verließen, ohne kapituliert zu haben, mit ihren Waffen die Stadt und wurden an ihren Garnisonorten bis auf schwache Stämme beurlaubt. Das 3. Regiment kam zur Einquartierung nach Fulda.⁵⁹ Preußen übernahm die Regimenter nicht geschlossen, sondern inkorporierte sie nur in neu aufgestellte Regimenter, die nur z. T. aus ehemaligen Kurhessen bestanden. Sang- und klanglos war die kurhessische Armee ein zweites Mal untergegangen.

54 Am 18.9. wurde die „Eides-Entbindung“ des Kurfürsten publiziert, am 20.9.1866 das „Gesetz zur Einverleibung in Preußen“ verabschiedet und am 8.10 auf dem Friedrichsplatz in Kassel verkündet. FRIDERICI zitiert den Zeitgenossen Salomon Hahndorf: *Die Einverleibungsfeierlichkeit fand ganz nach dem ausgegebenen Programm statt. Es war eine ungeheure Menschenmenge auf den Beinen und gegenwärtig. Sie verhielt sich teilnahmslos als Zuschauer. Man ließ den Akta an sich vorübergehen, keine fröhliche Miene war sichtbar.* Erst nachdem das „Patent, wegen der Besitznahme des vormaligen Kurfürstenthums Hessen“ erschienen ist, erfolgen die Verlautbarungen im Namen der königlich preußischen Regierung. FRIDERICI: 1866 (wie Anm. 21), S. 165 f, 200-210, bes. S. 206; Wochenblatt Fulda 77, 82, 26.9.; 13.10.1866, S. 867, 915.

55 WEGNER: Kurhessens Weg (wie Anm. 3), S. 133.

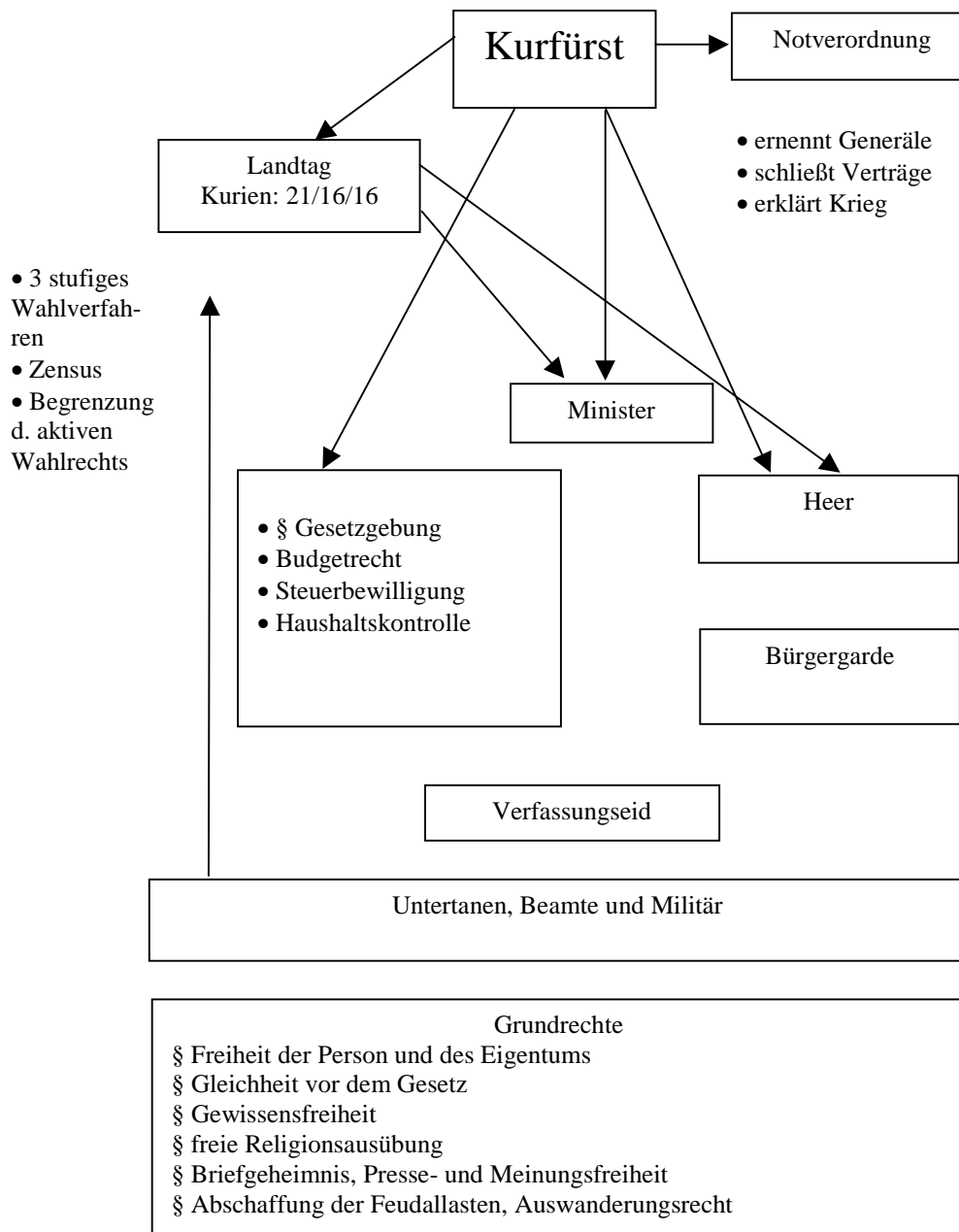
56 Mainzer Journal 168, 178; 17.8.1866.

57 ARNDT: Militär (wie Anm. 12), S. 353.

58 Man erfuhr in Mainz nur gerüchteweise von dem Frieden. Daher war eine Gesandtschaft nach Darmstadt geschickt worden, um zu klären ob ein Waffenstillstand oder ein Frieden geschlossen worden sei. Der leitende großherzogliche Minister, von Dalwigk blieb aber mit seiner Antwort sehr unkonkret. Vergeblich hoffte die Mainzer Delegation durch die Schilderung der *ungeschminckten Lage und Stimmung* doch noch eine präzise Antwort zu erhalten. StadtA Mainz, Stadtratsprotokoll 1866, 4.9.1866, § 298, 299.

59 Infanterie Regiment Prinz Friedrich Wilhelm von Hessen. StA Fulda, Kriegssachen XIX, C 24, Liste der Einquartierungen vom 29.9.-4.10.1866 abends.

Abb. 1: Die kurhessische Verfassung vom 5.1.1831



Der Feldzug von 1866

